



ENTSCHLIESSUNG Nr. 11) Revision der Steuersysteme zur angemessenen Finanzierung der öffentlichen Dienste

Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,

STELLT FOLGENDES FEST:

1. Da viele Länder bei den öffentlichen Diensten erhebliche Haushaltskürzungen infolge von Einnahmedefiziten aufgrund der globalen Finanzkrise seit 2007 vorgenommen haben;
2. Da die für die öffentlichen Dienste vorgesehenen Haushaltsmittel aufgrund erheblicher finanzieller Schwierigkeiten in zahlreichen Ländern gekürzt wurden, um die Schäden für die Volkswirtschaften durch das verschwenderische Gebaren von Handelsbanken und Finanzinstitutionen zu beheben;
3. Da die Internationale der Öffentlichen Dienste für einen Ausbau der Regulierung der weltweiten Finanzmärkte plädiert; fordert, dass die Zusicherungen von nationalen Regierungen, die öffentlichen Dienste vor den Auswirkungen solcher Finanzkrisen zu schützen, eingehalten werden; die intensiven weltweiten Anstrengungen zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele unterstützt;
4. Da die öffentlichen Dienste in den Menschenrechten, der Rechtsstaatlichkeit und sozialen Solidarität ihren Ursprung haben; und da dementsprechend eine ausreichende und kontinuierliche Finanzierung erforderlich ist, um sie angemessen zu erbringen;
5. Da die öffentlichen Dienste zu den wichtigsten Faktoren für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Gesellschaften gehören, da sie die bestmöglichen Dienstleistungen für die größtmögliche Anzahl von NutzerInnen zugänglich machen und eine zentrale Rolle bei der Umverteilung von Vermögen spielen;
6. Da Einkommen in enormer Höhe dank Steueroasen und dem Ausweichen in Offshore-Steuerhoheiten jegliche Art von Besteuerung umgehen und damit Nationalstaaten die Einnahmen vorenthalten, die für eine angemessene Finanzierung der öffentlichen Dienste erforderlich sind;
7. Da der schädliche Steuerwettbewerb durch gewisse Staaten bzw. Steuerhoheiten in Bezug auf Steueranreize eine Schlüsselrolle für die Minderung der Einnahmen spielt, die diese Staaten dann zur Finanzierung der öffentlichen Dienste einsetzen können;

8. In Anbetracht

der Tatsache, dass Unternehmen umfassend von den bereitgestellten öffentlichen Diensten profitieren, um ihre Geschäfte zu führen und Gewinne zu erzielen;

9. Bedauert,

dass zahlreiche Steuermaßnahmen, die in den meisten Ländern in den letzten 30 Jahren eingeführt wurden, zu einem markanten Rückgang beim Unternehmensbeitrag zu den Staatseinnahmen und damit zur Finanzierung der öffentlichen Dienste geführt haben;

10. Bedauert

dass die bedeutendste Einzelursache der Vermeidung von Unternehmensbesteuerung im so genannten Transfer-Pricing (Verrechnungspreisgestaltung) besteht.

11. Fordert

eine Buchführung auf „Land-für-Land“-Basis, die die Aktivitäten der Unternehmen in Steuerparadiesen zutage treten lassen und Vergleichsdaten für Arbeitsbedingungen weltweit liefern würde.

EMPFIEHLT, dass der Vorstand und die Mitgliedsorganisationen

- A) fordern, dass die bilateralen und multilateralen Abkommen, die Möglichkeiten für die Nutzung von Steueroasen zur Umgehung von Steuerzahlungen schaffen, aufgehoben werden; und dass Druck auf Regierungen, öffentliche Körperschaften und internationale Institutionen ausgeübt wird, um dem Phänomen des schädlichen Steuerwettbewerbs – bevorzugte steuerliche Behandlung bzw. Steuerstatus, Ausweichen in Offshore-Steuerhoheiten etc. – ein Ende zu setzen und damit die finanziellen Ressourcen zu erhöhen, die für hochwertige öffentliche Dienste erforderlich sind;
- B) fordern, dass Steuermaßnahmen je nach Kontext des jeweiligen Staats eingeführt oder aufgehoben werden, um sicherzustellen, dass der Unternehmensbeitrag zu den Staatseinnahmen gesteigert wird, um wieder ein ausgewogeneres Gleichgewicht zwischen den Steuerzahlungen von Privatpersonen und von Unternehmen zugunsten der Finanzierung von öffentlichen Diensten zu schaffen;
- C) Vereinbarungen über den Austausch von Steuerinformationen mit allen ermittelten geheimniskrämerischen Steuerhoheiten fordern, sodass diese gezwungen werden, ihre Standards beim Informationsaustausch anzuheben;
- D) fordern, dass die Europäische Union, der *International Accounting Standards Board*, die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und Börsen sämtlich verlangen, dass multinationale Unternehmen ihre Buchführung auf „Land-für-Land“-Basis durchführen, sodass bekannt ist, wie viel Gewinne erzielt und Steuern in jedem Land mit Unternehmensteilen bezahlt wurden.

Hier können alle [Kongressentschliefungen](#), das Aktionsprogramm und die neue Satzung heruntergeladen werden.